

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/02/2005
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 02.03.2005
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anliegen der Jugendräte
3. Umsetzung Kindergartenbedarfsplanung - Mündlicher Bericht
4. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2004 - Mündlicher Bericht -
5. Vorstellung des Konzeptes der Hagener Kinder-Gesundheitsstudie (HKGS)
- Mündlicher Bericht -
6. Bericht der Projektgruppe Qualitätsnetzwerk für den Allgemeinen Sozialdienst Hagen
Vorlage: 0100/2005
7. Kinder- und Jugendförderungsgesetz - Mündlicher Bericht
8. Kontrakt mit dem Fachbereich Jugend und Soziales,
Abt. Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 0142/2005
9. Fortschreibung des gesamtstädtischen Strategiekonzeptes zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
Vorlage: 0121/2005
10. Quartiersentwicklung Loxbaum - Übergang der Trägerschaft des JZ Loxbaum auf das Diakonische Werk
Vorlage: 0138/2005
11. Bildung eines Beirates für das Kultopia
Vorlage: 0140/2005
12. Offene Ganztagsgrundschule in Hagen
Entwicklungsstand und Perspektiven
Vorlage: 0081/2005
13. Jugendaustausch - und Partnerschaftsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales 2004 und 2005
Vorlage: 0920/2004
14. Umfassende Hilfsangebote für Schwangere und Mütter in Not / Anonyme Geburt, Moses-Projekt und Baby-Klappe
Vorlage: 0124/2005
15. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit
Mobile Geschwindigkeitsüberwachung
Maßnahme 32-M02-2
Vorlage: 0080/2005
16. Erhebung von Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Hagen
Vorlage: 0954/2005
17. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

Herr Strüwer begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er möchte vor Eintritt in die Tagesordnung darauf hinweisen, dass es in der Vergangenheit in den Ausschüssen ein Problem gegeben habe und zwar in den Protokollen bei der Nennung der entschuldigten bzw. nichtentschuldigten Anwesenden.

Er bittet darum, wenn es in den Fraktionen zu Vertretungen kommen sollte bzw. bekannt sei, dass jemand verhindert sein sollte, dies der Schriftführerin mitzuteilen.

In diesem Zusammenhang teilt er mit, dass für die SPD in Vertretung für Herrn Wolfgang Jörg Frau Hirsch anwesend sei.

Für die CDU sei in Vertretung für Frau Kurte Frau Niemann anwesend.

Herr Brüggemann sei für Herrn Decker anwesend.

Außerdem lasse sich Herr Dr. Schmidt aufgrund von terminlichen Überschneidungen entschuldigen.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf das Protokoll der Januar- Veranstaltung und fragt, ob es dazu noch Anmerkungen gebe. Zwei Mitglieder des Jugendhilfeausschusses teilen mit, sie hätten das Januar-Protokoll nicht erhalten. (Hierzu Anmerkung der Schriftführerin: Das Protokoll der Januar-Sitzung wurde zusammen mit der Absage der Februar-Sitzung versandt).

Er begrüsst Frau Krause als obligatorische Schriftführerin, die durch eine Erkrankung an den beiden vorhergehenden Sitzungen nicht teilnehmen konnte.

1.Mitteilungen

Herr Steuber nimmt Bezug auf den Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen aus dem letzten Jahr zum Thema Qualitätssicherung an Schulen und in Kindertages- und Jugendeinrichtungen. Dazu habe es im Januar im Schulausschuss eine Beratung und gleichzeitig eine Vereinbarung gegeben, einen Fachreferenten zu einem Workshop einzuladen. Diese Terminierung sei jetzt erfolgt. Es sei gelungen, Frau Boldt als Referentin zu einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses zu gewinnen. Diese Veranstaltung finde am 16. März 2005 um 16.00 Uhr statt. Eine entsprechende Einladung werde noch erfolgen.

Weiterhin möchte Herr Steuber im Vorfeld darüber informieren, dass am kommenden Freitag eine Pressekonferenz stattfinde zu einem Projekt, dass das Jugendamt zusammen mit dem Stadtsportbund, dem Sportamt und dem Hasper Boxverein für eine ganz besondere Zielgruppe von aggressiven jungen Menschen konzipiert habe, die bereits auffällig geworden seien. Mit dem auf ein Jahr befristeten Projekt „Sport statt Gewalt“ hätten die Teilnehmer die Chance, auf angeleiteter Ebene Aggressionen in verschiedenen Formen zu erfahren, einzuschätzen, den Unterschied zur Gewalt zu erkennen und damit ihre Verhaltensweisen zu reflektieren.

Die pädagogische Begleitung werde durch das Sozialpädagogische Zentrum sichergestellt.

Herr Haensel weist auf einen Prüfauftrag hin, den es noch im Bereich „Straßenkinderprojekt“ gebe. Man sei dort immer wieder in die Verlängerung gegangen. Zum einen habe man sich mit der Sache an sich und mit der Qualität in der Arbeit, die man gewonnen habe, beschäftigt. Nach dem nun drohenden Ende des Projektes beschäftige man sich jetzt damit, wie es denn weitergehen könne.

Der Ausschuss solle nunmehr darüber informiert werden, dass es zwischenzeitlich ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister, dem Dezernenten und dem Fachbereichsleiter gegeben habe, in dem man die Angelegenheit erörtert habe.

Nach Kenntnisnahme eines in der nächsten Woche vorliegenden Gutachtens werde man den Ausschuss entsprechend informieren.

Herr Fischer berichtet von einem Projekt, das stattgefunden habe, das sehr ermutigend gewesen sei. Es handele sich um das Projekt „Politikberatung für Jugendliche“. Einige der hier Anwesenden aus den Fraktionen seien beteiligt gewesen. Gemeinsam mit 110 Jugendlichen habe man zusammen mit dem Oberbürgermeister und den Ratsfraktionen ein simuliertes Gespräch geführt, wie denn eigentlich Kommunalpolitik in Hagen laufe.

Die Tatsache, dass es sowohl den Politikern, als auch den Jugendlichen und den Lehrern Spass gemacht und gezeigt habe, wie spannend Politik sein könne, habe den Jugendring dazu erwogen, das Projekt für das nächste Jahr erneut zu planen. Herr Fischer bittet alle, die Interesse haben, an diesem Projekt mitzuarbeiten, dies zu signalisieren. Man werde auch im Zusammenhang mit der Landtagswahl zusammen mit dem KULTOPIA und der jungen VHS eine Veranstaltung durchführen. Diese solle mal nicht in einem Jugendzentrum stattfinden, sondern in der Volme-Galerie. Zeitpunkt solle der Freitag vor der Wahl sein. Es finde dann eine Großveranstaltung mit den Landtagskandidaten und politisch bereits aktiven Jugendlichen statt. Man hoffe auf eine breite Beteiligung von Seiten der Jugendlichen.

Frau Burg Ahrendt lädt ein zu einer Fachtagung zum Themenbereich „Jugendarbeit und Schule“, die am 28. April 2005 in der Jugendbildungsstätte in Berchum stattfindet. Jeder, der Interesse habe, sei herzlich willkommen. Im Schwerpunkt gehe es um Entwicklung der Bildungsaufgaben von Jugendarbeit und Schule.

Frau Schulz stellt sich vor. Sie sei die zweite Vorsitzende vom ökumenischen Tagesmütterwerk und möchte sich herzlich bedanken für alle Glückwünsche, Sympathien, bei der Stadt Hagen, bei Herrn Strüwer, beim Fachbereich Jugend & Soziales, Herrn Machatschek, Frau von Dolenga, Frau Sonnenschein, beim Kinderschutzbund, Frau Burghardt und beim Caritasverband. Sie hoffe auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

2. Anliegen der Jugendräte

Herr Rameswaran möchte zwei Anliegen vorstellen, die dem Ausschuss auch schon bekannt seien. Er bittet Frau Schaldach um Darstellung des ersten Punktes.

Frau Schaldach berichtet vom Wunsch von Politik und Verwaltung, Kinder und Jugendliche an der Aufstellung des Flächennutzungsplans mitwirken zu lassen. Gerade für Kinder und Jugendliche sei die künftige Entwicklung von Freiflächen von großer Bedeutung. Ein Flächennutzungsplanverfahren biete Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Interessen mit einzubringen.

Die fünf Hagener Bezirksjugendräte wollten sich diese Chance nicht entgehen lassen. Bereits im Sommer 2004 fand ein dreitägiges Seminar zu diesem Thema statt. Es wurde von Kindern, Jugendlichen und Eltern angenommen.

Im Bezirk Hohenlimburg finde am 08. März 2005 die erste ganztägige Planungsveranstaltung statt. Die Termine für die anderen Bezirke würden rechtzeitig bekanntgegeben. Zur Zeit seien noch einige Termine für Kinder ab 12 verfügbar.

Weiterhin teilt Frau Schaldach mit, dass gestern der Jugendrat Mitte getagt habe. Ein Mädchen habe dort das Thema „Straßenkinder“ angesprochen und darum gebeten, diesen mehr Betreuung und Hilfe zukommen zu lassen.

Herr Rameswaran nimmt nochmals Bezug auf das oben angesprochene Thema „Flächennutzungsplan“. Es sei ganz wichtig, dass Kinder und Jugendliche nun mitbestimmen könnten, wie die vorhandenen Flächen zukünftig genutzt würden. Hintergrund sei, dass die Jugendlichen gesehen hätten, dass die Stadt Hagen kein Geld für den Zweck einsetzen könne, die Flächen für Jugendliche zu gestalten. Da habe man den Entschluß gefaßt, die Flächen für spätere Zwecke abzusichern.

Weiterhin weist Herr Rameswaran auf die ausgeteilte Broschüre hin, die Umsetzung und aktuellen Stand der zehn Ruhrtalprojekte näher beschreibe. Lediglich beim „Floßprojekt“ habe sich eine geringfügige Änderung ergeben. Bei Gesprächen mit dem Ruhrtalverband habe sich herausgestellt, dass sich in Hagen bei der Genehmigung des Projektes Probleme ergeben würden aufgrund der Größe des Floßes. Daher habe man sich darauf verständigt, anstelle eines großen vier kleine Flöße einzusetzen.

3. Umsetzung Kindergartenbedarfsplanung - Mündlicher Bericht

Herr Strüwer erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass bis Mai Gespräche in den einzelnen Stadtteilen liefen und dies sei auch der Grund dieses Tagesordnungspunktes, um Zwischenberichte geben zu können aus den stattgefundenen Regional Konferenzen.

Herr Steuber informiert vorab über das Ergebnis des stattgefundenen Trägergespräches Kindergarten „Zur Höhe“. Hier sei eine Konfliktlage dadurch entstanden, dass Eltern 17.000 € für die Fortführung des eingruppigen Kindergartens gesammelt hätten, während der Gesamtverband der ev. Kirche andere Prioritäten gesetzt habe. Klar sei gewesen, dass die Situation an einem eingruppigen Kindergarten schwierig sei. Insgesamt habe es in den letzten Gesprächen mit den Vertretern des Elternrates sowohl des Kindergartens „Zur Höhe“, als auch „In der Welle“ nochmals mehrere alternative Überlegungen gegeben. Man habe sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob es unter Umständen eine Möglichkeit gebe, diesen Kindergarten für dieses eine Jahr noch weiter fortzuführen. Die Elternvertreter hätten einen letzten Vorschlag favorisiert, mit der Kindergarteneinrichtung zu überlegen, wie man die angemeldeten elf Kinder in einer Gruppe in dem Kindergarten „In der Welle“ unterbringen könnte. Dies schien auch in der Zwischenzeit gelungen zu sein. Somit habe man eine erträgliche Lösung herbeiführen können. Das gesammelte Geld solle nach dem Spenderwillen in der Einrichtung „In der Welle“ für Spielgeräte in den Außenanlagen verwendet werden.

Frau Haack berichtet, dass in den letzten vier Wochen zehn Regionalforen durchgeführt worden seien. Man sei mit der Planung, die man hier im Dezember vorgestellt habe, in die Regionen gegangen, um mit den einzelnen Trägern zu besprechen, was in der Realität von den Vorschlägen wie umsetzbar sei. Abschließend könne man zu diesem Zeitpunkt noch nichts sagen, da man in fast allen Bezirken auch Einrichtungen der katholischen Kirche habe. In Paderborn sei festgelegt worden, in den Einrichtungen, in denen nicht mindestens 75 % katholische Kinder seien, eine Gruppe nicht mehr zu fördern sei. Man habe geschaut, wo diese Gruppen gebraucht bzw. nicht gebraucht würden. Es gebe Vorschläge, in welchen Bezirken auch Gruppen abgebaut werden könnten. Darüber müssten jetzt erst einmal Gespräche geführt werden. Erst nach Abschluss dieser Gespräche habe man in jedem Grundschulbezirk ein abschließendes Bild. Im Mai solle eine abschließende neue Planung vorgelegt werden.

Herr Machatschek informiert den Ausschuss darüber, dass ab 01.01. das Tagesbetreuungsausbaugesetz in Kraft getreten sei. Allerdings gebe es vom Land noch keine Regeln, wie die Gruppen gestaltet werden sollten. Man hoffe, in den nächsten vier Wochen hierzu etwas Näheres zu erfahren, um dies mit in die Gespräche in den Regionalforen nehmen zu können. Bis zum Jahre 2010 müsse für ca. 20 % der Kinder unter 3 Jahren eine verbindliche Ausbauplanung vorgelegt werden.

Herr Reinke möchte wissen, ob mit der evangelischen Kirche in Hohenlimburg Gespräche geführt worden seien und ob es Hinweise gebe, ob ähnliches drohe wie beim evangelischen Kirchenkreis in Hagen.

Frau Haack bestätigt, dass auch mit der evangelischen Kirche in Hohenlimburg Gespräche geführt worden seien. Die evangelische Kirche im Kirchenkreis Iserlohn habe auch ähnlich wie in Hagen um einen Zuschuss für einzelne Gruppen gebeten, für die die Finanzierung im nächsten Jahr nicht mehr möglich sei. Gerade in Hohenlimburg könnten jedoch in zwei Bezirken aufgrund der demographischen Entwicklung zwei Gruppen eingespart werden. Es handele sich damit insgesamt um vier Gruppen, die aufgrund der fehlenden Kinderzahl nicht mehr gebraucht würden. Hierzu müssten noch weitere Gespräche geführt werden, um eine endgültige Lösung zu finden.

Herr Strüwer wünscht weiterhin Erfolg und viel Glück bei den Gesprächen und hofft, dass diese zu einer einvernehmlichen Lösung führen würden. Die Verwaltung sei auch daran interessiert, möglichst schnell im Zusammenhang mit dem Tagesstättenausbaugesetz eine Verquickung mit den unter Dreijährigen zu kommen. Vielleicht könne man ja dort mit der vorhandenen Infrastruktur tatsächlich zu Wegen kommen, ohne schmerzliche Einschnitte vornehmen zu müssen.

4. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2004 - Mündlicher Bericht -

Frau Brück-Paschko begrüsst die Anwesenden und berichtet über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2004/2005.

Im Jahr 2004 sei es so gewesen, dass es 6% übergewichtige Jungen und 5,8 % übergewichtige Mädchen gegeben habe. Adipös (fettig) seien 5,8 % der Jungen und 3,6 % der Mädchen gewesen.

Alles in allem seien dies 17 % der Kinder, die oberhalb des normalen Gewichtes gelegen hätten.

8,2 % der Kinder seien deutlich untergewichtig und 8,9 % der Kinder untergewichtig.

Die Daten der Schuluntersuchungen könnten auch auf Bezirke und auf einzelne Schulen runtergebrochen werden.

Weiterhin müssten sich die Schüler einem Koordinationstest unterziehen, bei dem die motorischen Fähigkeiten getestet würden. In diesem Bereich läge einiges im Argen.

Der Impfstatus sei ein weiterer wichtiger Punkt der Untersuchung. Hier liege das Hauptaugenmerk bei Masern und Röteln. 7 – 8 % der Kinder in Hagen hätten überhaupt keine Impfungen aus diesen beiden Bereichen.

Ziel sei es, eine Durchimpfungsrate von 95 % zu erreichen. In Hagen liege diese zur Zeit bei etwa 73 %.

Zur Sprache sei nicht viel zu sagen, da hier Auswertungen der aktuellen Zahlen 2005 noch nicht vorlägen. Bei den Kindern jedoch, die in den ersten vier Lebensjahren nicht mit der deutschen Muttersprache gross geworden seien, gebe es erhebliche Sprachprobleme, wobei man über gezielte Sprachförderung nachdenken müsse.

Herr Strüwer bittet um entsprechende zusätzliche Unterlagen und Zahlenmaterial, die dem Protokoll beifügt werden können.

Frau Brück-Paschko bittet, bis Juni zu warten, da erst dann die Auswertung der aktuellsten Zahlen der Schuleingangsuntersuchungen vorlägen und dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden könnte.

Herr Dücker fragt bezüglich der Kinder nach, die bewegungseingeschränkt seien, ob es sich hierbei sowohl um übergewichtige als auch untergewichtige Kinder handele.

Bei den übergewichtigen Kindern sei dort oft ein Zusammenhang festzustellen, während man dies von den untergewichtigen Kindern nicht sagen könne.

Herr Fischer spricht an, dass sich im Bereich der öffentlichen Ganztagschule Möglichkeiten ergeben könnten und lädt Frau Brück-Paschko ein, in der AG 5 über Maßnahmen und Ideen zu sprechen, was getan werden könne, um die Probleme in den Griff zu bekommen.

Frau Burghardt weist darauf hin, dass Adipositas und Untergewicht vom Kinderschutzbund weitestgehend als Vernachlässigung bewertet würden. Sie möchte wissen, welche Angebote an die Eltern gemacht würden, dass diese die Zustände ihrer Kinder aufarbeiten könnten.

Neben Ernährungsberatung ergingen auch Sportangebote an die Eltern.

Die Akzeptanz bei den Eltern in den Fällen von Adipositas sei schwer zu erreichen, da diese meist selbst betroffen seien von Übergewichtigkeit.

Herr Schledorn hofft im Zusammenhang mit den Sprachschwierigkeiten vieler Schüler, dass das, was im letzten Integrationsbeirat diskutiert worden sei, zusammen mit der Verwaltung zu einer Initiative zur Förderung der Integration der Schüler, die letztendlich größtenteils über die Sprache laufe, führe.

Herr Strüwer ergänzt, dass es wünschenswert sei, wenn die Gespräche mit den Eltern nicht erst kurz vor der Einschulung, sondern viel eher stattfänden, da die Grundsteine für diese Problematiken viel eher gelegt würden. Er möchte wissen, wie das Konzept in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Kindergärten sei.

Frau Brück-Paschko teilt in diesem Zusammenhang mit, dass man zukünftig in den Monaten März bis Juni ganz verstärkt in die Kindertageseinrichtungen gehen werde, um dort den letzten Jahrgang auf alle Parameter zu untersuchen.

Frau Klos-Eckermann ergänzt, dass demnächst die Eltern der 3 - 4 jährigen Kinder ganz besonders im Hinblick auf die sprachliche Förderung angeschrieben würden.

Herr Haense spricht die Frage an, ob denn die gesunde Ernährung als Thema auch etwas mit dem Armutsproblematik zu tun habe. Man sei gut beraten, die ersten Erfahrung des Offenen Ganztags zu den Mahlzeiten auszuwerten. Er befürchte, dass dort ein Zusammenhang bestehe.

Herr Strüwer merkt an, dass der Ausschuss diese Arbeit intensiv begleiten werde. Man sei hochofreut, dass neue Wege beschritten würden.

5. Vorstellung des Konzeptes der Hagerer Kinder-Gesundheitsstudie (HKGS) - Mündlicher Bericht -

Dr. Bent berichtet, dass die Kommunale Gesundheitskonferenz vor ein / zwei Jahren eine AG gegründet habe mit dem Arbeitstitel: „Verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche in Hagen“ mit der Zielsetzung, zum einen Bedarfe und Angebote festzustellen und zu sehen, ob es noch Handlungsbedarfe dahingehend gebe, ob Angebote erhöht werden bzw. Vernetzungsstrukturen verbessert werden müssten.

Man habe diese Ergebnisse in einer breitbesetzten Arbeitsgruppe vor einigen Wochen in der Kommunalen Gesundheitskonferenz vorgestellt. Man habe dabei festgestellt, dass Mangel dahingehend bestehe, dass man keine richtigen Bedarfszahlen aufgrund fehlender Daten feststellen könne. Es sei zwar bekannt, dass es ungefähr 17 % verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche gebe, davon ungefähr 6 - 8% schwerauffällige Formen bei männlichen Jugendlichen. Man könne diese Daten aber nicht unbedingt auf Hagen runterbrechen. Man sei zu der Überzeugung gekommen, dass man dies genauer analysieren müsse.

Das Gesundheitsamt sei dann auf die Uni Witten / Herdecke zugegangen, die auch in der Arbeitsgruppe gewesen sei und man habe sich überlegt, unter Beteiligung des Fachbereiches eine Studie durchzuführen.

Man wolle in dieser Studie feststellen, wie gross Verhaltensauffälligkeiten seien. Man wolle dies feststellen, indem man sowohl den Eltern der Kinder eine Fragebogen zukommen ließe, als auch über die Erzieherinnen und Sozialmedizinischen Assistentinnen, die vor Ort in die Kindergärten gingen und dort die Untersuchungen machten. Das Ganze sei absolut freiwillig.

Damit hoffe man, ein Querschnittsbild zu bekommen, welche Bedarfe vorhanden seien.

Man habe sich überlegt, dass dies nicht alles sein könne und ob nicht Interventionsmaßnahmen betrachtet werden könnten unter dem Hinblick darauf, ob diese wirkungsvoll seien.

Zusammen mit der Uni Witten / Herdecke werde man Fachpersonal zur Verfügung stellen, um in bestimmten Gruppen zu intervenieren dahingehend, dass in Kindergärten Kunsttherapien durchgeführt würden. Das Ganze würde auf einem wissenschaftlichen Niveau gefahren.

Die Interventionsmaßnahmen wären derart gestaltet, dass sie früh ansetzten, da man dies für das Sinnvollste halte. Dies verspreche Erfolg. Kosten für diese Pilotstudie würden nicht eingefordert werden. Nach Ostern würde die Maßnahme anlaufen.

Herr Haensel erinnert an eine Aussage von Frau Dr. Bühler, die diese vor ca. 2 Jahren machte, dass es in Hagen etwa 150 Kinder im Primarstufenbereich gebe, die als nicht beschulbar einzustufen seien aufgrund ihres Verhaltens.

Er möchte wissen, ob dies in dem Kontext der Studie in irgendeiner Weise berücksichtigt würde.

Herr Dr. Bent erwidert, dass man bei der Studie nicht auf die Kinder zurückgreifen würde, die bereits jetzt verhaltensauffällig seien. Man wolle präventiv tätig werden und nicht therapeutisch.

Frau Brück-Paschko steht auf dem Standpunkt, dass die genannte Zahl der verhaltensauffälligen Kinder im Zusammenhang mit der getroffenen Schlussfolgerung, diese seien aus diesem Grund nicht beschulbar, so nicht richtig sei.

Frau Burghardt begrüsst die Studie und möchte wissen, wie die Eltern einbezogen würden.

Die Kunsttherapie werde zusammen mit den Eltern im Kindergarten durchgeführt, um auch die Kommunikationsstruktur aufzudecken.

Herr Strüwer stellt fest, dass Herr Dr. Bent sich eine anspruchsvolle Aufgabe gestellt habe mit der Prävention von Verhaltensauffälligkeiten.

Er hält es für sehr wichtig, dass dieses Feld von verschiedenen Seiten angegangen würde und wünscht viel Erfolg für das geplante Projekt.

6. Bericht der Projektgruppe Qualitätsnetzwerk für den Allgemeinen Sozialdienst Hagen
Vorlage: 0100/2005

Herr Steuber stellt die beiden Kollegen aus dem Allgemeinen Sozialdienst vor, die den Prozess federführend begleitet hätten. Es handele sich um Herrn Naudorf und Herrn Goebels. Der dritte beteiligte Kollege Herr Hoebig sei leider aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst der Stadt Hagen ausgeschieden.

Herr Goebels bedauert, das Qualitätshandbuch nicht in gebundener Form präsentieren zu können, aber es läge in Kürze vor. Er berichtet, dass in einem dreijährigen Prozess zusammen mit dem Landesjugendamt bundesweit einmalig versucht worden sei, sämtliche Produkte für den Allgemeinen Sozialdienstes zu beschreiben. Ausgangslage der Qualitätsentwicklung sei ein Qualitätsentwicklungsprozess mit den Leistungsanbietern und der Erziehungshilfe vor Ort gewesen.

Ziel der Qualitätsentwicklung sei Transparenz des sozialarbeiterischen Handelns im Allgemeinen Sozialdienst. Die entsprechenden Zuständigkeiten und Verfahrensabläufe würden hier klar aufgezeigt und beschrieben.

Zweiter Aspekt sei Gerechtigkeit bei der Arbeitsbelastung. Weiterhin sollten Qualität und Kosten der Arbeit transparent gemacht werden.

Das Qualitätshandbuch beschreibe die Prozesse und Verfahrensstandards der praktischen Arbeit.

Ein weiterer Meilenstein werde in diesem Jahr sein, ein Qualitätssicherungsverfahren zu hinterlegen.

Im Folgenden stellen Herr Goebels und Herr Naudorf den Produktkatalog des Allgemeinen Sozialdienstes vor und erläutern den Aufbau des Qualitätshandbuches.

Herr Goebels weist darauf hin, dass das Qualitätshandbuch bereits jetzt im Intranet zur Verfügung stünde, aber man wolle es auch der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Herr Steuber weist abschließend noch darauf hin, dass das Qualitätshandbuch und das Qualitätssicherungsverfahren ein Bestandteil der gesamten Qualitätsentwicklung seien. Ein weiterer wichtiger Baustein fände jetzt in Kürze beginnend statt, und zwar die Personalentwicklung begleitend in einem Personalentwicklungsprozess, den man gezielt maßgeschneidert habe auf die einzelnen Anforderungen dieses Qualitätshandbuches.

Dies sei ein in sich rundes System von weiterer Qualitäts- und Personalentwicklung, das man hier bieten könne.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Projektgruppe Qualitätsnetzwerk ASD zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

7. Kinder- und Jugendförderungsgesetz - Mündlicher Bericht

Herr Strüwer weist darauf hin, dass das Kinder- und Jugendförderungsgesetz dem Ausschuss in der Januar – Sitzung als Tischvorlage mit auf den Weg gegeben worden sei.

Herr Goldbach informiert den Ausschuss darüber, dass es sich bei dem Kinder – und Jugendförderungsgesetz für Nordrhein-Westfalen um das dritte Ausführungsgesetz zum KJHG handele.

In diesen Gesetzen würden kurzum die Rahmenbedingungen und die Ausführungen der §§ 11 – 14 KJHG geregelt.

In den allgemeinen Vorschriften, die für alle diese Bereiche gelten sollen, würden hier Bereiche durch eigene Paragraphen hervorgehoben.

Neu sei, dass das Land sich selber durch dieses Gesetz verpflichte, für jeweils eine Legislaturperiode auf Landesebene einen Kinder- und Jugendförderplan aufzustellen.

Es sei anzumerken, dass Kinder- und Jugendarbeit nach diesem Gesetz eindeutig eine Pflichtaufgabe der Kommune sei.

Im Gesetz gebe es den Hinweis bzw. die Regelung, dass die Fördermittel für diesen Bereich in einem angemessenen Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen der Jugendhilfe stehen müssten.

Neben dem Kinder- und Jugendplan des Landes habe die Kommune die Verpflichtung zur Erstellung eines Kinder- und Jugendförderplanes für jeweils eine Wahlperiode der Vertretungskörperschaft. Damit seien der Rat und die Kommunalwahl gemeint. Nach diesem Gesetz würde die Kommune zum 01.01.2006 einen von diesem Ausschuss beschlossenen Kinder- und Jugendförderplan brauchen.

An dieser Stelle übernimmt Frau Haack die weiteren Ausführungen.

Sie berichtet, dass die Verwaltung 1999/2000 mit der ersten Bestandsaufnahme der Jugendeinrichtungen in Hagen begonnen habe. Zu diesem Zweck habe man die Einzugsbereiche zum ersten Mal in Einzugsbereiche definiert. Man habe zunächst

die verschiedensten Daten erhoben, z.B. wieviel Jugendliche es in Hagen überhaupt gebe. Man habe auch unversorgte Gebiete in Hagen erfaßt und beschrieben. Weiterhin habe man eine Datenerfassung entwickelt.

Seit letztem Jahr sei als neuer Punkt die Fortschreibung der Ziele hinzugekommen. Es werde nun auch überprüft, ob die Ziele erreicht worden seien, die sich die Einrichtungen gesetzt hätten. Darüber hinaus gebe es seit dem letzten Jahr eine neue Arbeitsgruppe, die aus den Mitarbeitern der Jugendeinrichtungen zusammengesetzt sei.

Außerdem gebe es mittlerweile in zehn Stadtteilen Stadtteilkonferenzen.

In der letzten Woche habe es ein Treffen mit den freien Trägern gegeben, an dem man überlegt habe, welche vorhandenen Strukturen man am besten nutzen könne. Man habe für April ein weiteres Treffen vereinbart. Dann solle ein Zeitplan aufgestellt werden, wie man die Aufgaben bis zum 01.01.2006 bewältigen könne.

Frau Klos-Eckermann stellt im Namen ihrer Fraktion den Antrag, dass der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung beauftragt, für die restliche Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendförderplan aufzustellen.

Herr Strüwer richtet an die Verwaltung die Frage, was in einem Kinder- und Jugendförderplan in Hagen alles enthalten sei müßte.

Herr Goldbach erläutert hierzu, dass man ausgehend von dem, was man habe, die Aufgabenbereiche neu beschreibe und dieses mit Zielen verseehe, die man auch in den nächsten Jahren erreichen wolle und daneben auch die Förderstruktur diskutiere. Der Ausschuss würde das bestätigen, was man in der letzten Woche in der AG I begonnen habe.

Nach einer intensiven Diskussion, an der sich die Herren Fischer, Dücker, Goldbach, Schledorn, Reinke, Haensel, Steuber und Strüwer beteiligen, einigt sich der Ausschuss auf folgende Formulierung des gestellten Antrages:

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, gemäß den Erfordernissen des Jugendförderungsgesetz einen Kinder- und Jugendplan unter Einbeziehung der AG gem. § 78 KJHG zu erarbeiten.

Erste Vorschläge zur Ausgestaltung des Kinder- und Jugendplans sollen vor der Sommerpause 2005 im Rahmen einer Unterausschusssitzung "Jugendhilfeplanung" vorgestellt und beraten werden.

Der Antrag wird vom Ausschuss einstimmig beschlossen.

8. **Kontrakt mit dem Fachbereich Jugend und Soziales,
Abt. Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 0142/2005**

Herr Strüwer bittet Herrn Siskowski von der zentralen Steuerung um eine Erläuterung der Vorlage.

Herr Siskowski zieht das Resümee, dass die Vereinbarungen aus dem ersten Kontrakt vom Fachbereich außerordentlich erfolgreich umgesetzt worden seien. Hierbei sei auch die unterstützende Funktion dieses Ausschusses zu betonen; als Stichwort seien die weggebrochenen Landesmittel zu nennen.

Das Instrument des Kontraktes habe sich aus Sicht der Verwaltung außerordentlich bewährt. Die Verwaltung wolle Bewährtes fortsetzen und schlage dem Ausschuss daher den Abschluss eines Folgekontraktes vor, zunächst für drei weitere Jahre.

Herr Haensel möchte wissen, ob dem Jugendhilfeausschuss auch über eine Anpassung des Zuschussbedarfes im Falle eines Bedarfes zu berichten sei, da im Beschlussvorschlag unter Punkt 3 nur der Rat genannt sei.

Herr Siskowski teilt mit, dass der Rat hier wegen seiner Finanzhoheit genannt sei und der Jugendhilfeausschuss natürlich auch informiert würde.

Herr Reinke erinnert daran, dass es dem Jugendhilfeausschuss in der Vergangenheit wichtig war, Jugendarbeit in Wehringhausen, Halden und Boelerheide möglich zu machen.

Er möchte wissen, ob der Kontrakt diese Wünsche beinhalte.

Herr Steuber erläutert hierzu, dass der Kontrakt sich immer auf der Basis der vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Jugendhilfeplanung bewege. Eine entsprechende Formulierung sei in Ziffer 2.1.1 des Kontraktes zu finden, der als Anlage beigefügt sei.

Der Kontraktrahmen setze in seiner Finanzmasse die Legitimation, für den Bereich des Jugendamtes arbeiten zu können und könnte vom Jugendhilfeausschuss verändert werden, in welcher prioritären Zielsetzung er wahrgenommen werden solle in Hagen.

Herr Reinke stellt den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, im Zeitraum des Kontraktes und mit der AG I Möglichkeiten der Umsetzung offener Jugendarbeit / Jugendförderung in Boelerheide, Halden und Wehringhausen zu schaffen.

Frau Haack weist darauf hin, dass der zu erstellende Kinder- und Jugendförderplan genau diese Anforderungen beinhalten werde. Es gebe bereits eine Maßnahmenplanung für jeden Bezirk, die aber teilweise an den fehlenden Finanzmitteln gescheitert sei.

Es sei damals beschlossen worden, wenn sich die finanziellen Gegebenheiten verändern würden, würden diese Maßnahmen mit aufgenommen. Dies sei eigentlich auch Teil des Kinder- und Jugendförderplanes. Man wisse zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht, wie die Landesförderung aussehen werde.

Herr Strüwer betont, dass es gut gewesen sei, dass der Ausschuss der Verwaltung bei dem letzten Kontrakt einen großen Handlungs- und Gestaltungsspielraum gegeben habe. Dieser Spielraum sei von der Verwaltung auch genutzt worden, um besondere Anliegen des Jugendhilfeausschusses zu realisieren. Als Beispiel sei hier die Übertragung der Trägerschaft des Jugendzentrums Berchum zu nennen in Verbindung mit Neuschaffung einer Einrichtung in Reh/Henkhausen oder die in der heutigen Sitzung noch zu beschließende Verlagerung der Trägerschaft der Einrichtung am Loxbaum zum Diakonischen Werk. Dies mache Hoffnung auch für die von Herrn Reinke angesprochenen Aufgabenbereiche.

Nach weiteren Wortbeiträgen der Herren Schledorn und Goldbach wird der Antrag von Herrn Reinke so einstimmig beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt empfiehlt der Verwaltung den Abschluss eines Anschlusskontraktes mit dem Fachbereich Jugend und Soziales auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfes.
2. Der Rat der Stadt legt das Zuschussbudget auf jährlich 2.081.050 Euro fest. Das Gesamtzuschussbudget im Kontraktzeitraum 2005 bis 2007 beträgt mithin 6.243.150 Euro.
3. Sollte eine Anpassung des Zuschussbedarfes erforderlich werden (Ziffer 4 des Kontraktentwurfes), ist dem Rat zu berichten.
4. Im übrigen ist dem Jugendhilfeausschuss in halbjährlichen Abständen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**9. Fortschreibung des gesamtstädtischen Strategiekonzeptes zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
Vorlage: 0121/2005**

Herr Quitter stellt sich als Mitarbeiter des Konsolidierungsmanagements vor und hat eine gute Nachricht für den Ausschuss.

Aus dem Haushaltssicherungskonzept würden aus dem Bereich Kindergärten 3,4 Millionen € rausgenommen und durch andere Maßnahmen ersetzt.

Der Jugendhilfeausschuss habe Ende 2003 nach umfangreicher Beratung und abschließender Beschlussfassung im Rat ein umfassendes Strategiekonzept in Höhe von 57 Millionen € beschlossen. Daraufhin seien im Jahre 2004 umfangreiche Abstimmungs- und Beratungsgespräche mit den Fachbereichen geführt worden. Es habe Kürzungen von Ausgabehaushaltsstellen und Erhöhung von Einnahmehaushaltsstellen gegeben. Aufgesetzt worden sei ein detailliertes Berichtswesen in verschiedenen Ebenen.

Das Konsolidierungspotential für das Jahr 2004 betrage 9 Mio €. Davon entfielen auf den Fachbereich insgesamt 2,2 Mio €. Davon entfielen auf den Jugendhilfebereich ca. 300.000 €.

Hier sei dem Fachbereich ein Lob auszusprechen. Dies sei fast ein Viertel vom Konsolidierungspotential des letzten Jahres.

Momentan habe man noch ein sogenanntes Delta in einer Größenordnung von 600.000 – 800.000 €. Die Verwaltung beabsichtige, bis zur abschließenden Ratsitzung im Juni dieses Delta mit Ersatzvorschlägen auszufüllen. Beabsichtigt sei eine Parallelverabschiedung mit dem Haushalt in der Junisitzung, weil das Strategiekonzept zum Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes werden solle.

Für 2005 stiegen die Maßnahmen im Jugendhilfebereich an auf eine Summe von ca. 520.000 €.

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt nimmt die Fortschreibung des gesamtstädtischen Strategiekonzeptes zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit in der Fassung vom 9.2.2005 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.
2. Die dargestellten Maßnahmen und Beträge sind in das Haushaltssicherungskonzept einzuarbeiten und bei der Fortschreibung der Finanzplanung entsprechend zu berücksichtigen.

3. Die Fortschreibung des Strategiekonzeptes wird Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

10. Quartiersentwicklung Loxbaum - Übergang der Trägerschaft des JZ Loxbaum auf das Diakonische Werk
Vorlage: 0138/2005

Herr Strüwer bittet die Beteiligten um kurze Berichterstattung und um anschließende Bewertung auch durch das Diakonische Werk in Person von Herrn Haensel.

Herr Goldbach erinnert daran, dass dieses Thema im letzten Jugendhilfeausschuss angeschoben worden sei. In den letzten Jahren habe es eine sehr enge Kooperation der Träger Kirchengemeinde, Diakonisches Werk und Stadt Hagen gegeben.

Zielrichtung sei auch gewesen, Angebote für Jugendliche zu machen, die man als defizitär ausgemacht hätte. Es habe auch eine Reihe baulicher Veränderungen gegeben vom Haus für Kirche und Diakonie bis hin dazu, dass man zweimal umgezogen sei mit der ehemaligen Spiel- und Lernstube. Mittlerweile würde es als Jugendzentrum bezeichnet, weil es auch mit den Räumlichkeiten der ehemaligen Spiel- und Lernstube nicht mehr vergleichbar sei. Man habe in der Einrichtung eine Stellenvakanz in der Leitungsstelle und wolle die Stelle von städtischer Seite auch nicht mehr besetzen. Das freiwerdende Volumen an Personalkosten solle als Transferleistung an den Träger Diakonisches Werk gegeben werden.

Wenn die Leitungsstelle dort besetzt sei, solle auch die Trägerschaft dort sein. Auch die Unterhaltungs- / Betriebsmittel sollten entsprechend umgewandelt werden.

Man wolle aber weiterhin dort mitarbeiten. Dort gebe es weiterhin städtische Mitarbeiter, die auch, solange sie in der Einrichtung arbeiteten, städtische Mitarbeiter blieben.

Herr Haensel schließt sich den Ausführungen von Herrn Goldbach an. Es sei eine

sehr vertrauensvolle Mitarbeit seit über drei Jahren.

Die Probleme am Loxbaum seien jetzt gestaltbar geworden dadurch, dass insgesamt durch die Quartiersentwicklung Brennpunkte abgebaut werden konnten.

Herr Haensel möchte den Jugendhilfeausschuss für eine der Sommersitzungen in die Einrichtung einladen. Er bedankt sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herr Strüwer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Übergang der Trägerschaft des JZ Loxbaum auf das Diakonische Werk zum 1.4.2005.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der Vorlage dargestellten Eckpunkte des Trägerübergangs in einer schriftlichen Vereinbarung mit dem Diakonischen Werk zu fixieren.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: 1 _____

**11. Bildung eines Beirates für das Kultopia
Vorlage: 0140/2005**

Herr Strüwer fragt, ob es erforderlich sei, gegebenenfalls heute schon Personen zu benennen.

Herr Goldbach erwidert, dass die Verwaltung in den nächsten Tagen bei den Fraktionen nachfragen würde, wenn der Ausschuss die Vorlage heute so beschließen würde.

Anmerkung der Schriftführerin:

Bei Fertigstellung des Protokolls hat sich folgende Besetzung des Beirates ergeben:

- Herr Willi Strüwer (CDU)
- Herr Jörg Schledorn (SPD)
- Herr Tobias Würtenberger (FDP)
- Herr Frank Decker (BfH)
- Frau Katrin Gerber (Die Grünen/ Bündnis 90)
- Herr Frank Fischer (Jugendring)

- Herr Renato Liermann (ESW)
- Herrn Jürgen Breuer (Kulturzentrum Pelmkestr.)
- Frau Rita Viehoff (Kulturamt)
- Herr Gerd Steuber (Fachbereich Jugend & Soziales)
- Herr Reinhard Goldbach (Fachbereich Jugend & Soziales)
- Herr Bernd König (Fachbereich Jugend & Soziales)

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Bildung eines Beirates für das Kultopia mit der in der Vorlage dargestellten Zusammensetzung.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**12. Offene Ganztagsgrundschule in Hagen
Entwicklungsstand und Perspektiven
Vorlage: 0081/2005**

Herr Finkensiep möchte sich als Vorsitzender der AG 5 für diese umfangreiche und sachliche informative ämterübergreifende Vorlage bedanken. Die AG 5 begrüße diese Vorlage der Verwaltung, nehme diese zustimmend zur Kenntnis und bitte bezüglich der Umsetzung der Beschlussvorschläge auch um zügige Beratung und um Zustimmung in den Gremien und im Rat der Stadt Hagen, damit die betroffenen Träger auch frühzeitig planen könnten für die nächste Periode. Die AG 5 stelle bezüglich des Finanzbedarfes fest, dass ausschließlich nur mit dem für das kommende Schuljahr vorgeschlagenen Finanzrahmen die Fortsetzung der Arbeit für die Träger im Offenen Ganztage möglich sei. Die AG 5 unterstütze ausdrücklich das Bemühen des Oberbürgermeisters gegenüber dem Land, die Verpflichtung zur ausreichenden finanziellen Ausstattung des Offenen Ganztages einzufordern.

Frau Klos-Eckermann teilt mit, dass ihre Fraktion die Vorlage zustimmend zur Kenntnis nehme.

Herr Schledorn äußert sein Erschrecken darüber, dass die Kinder im Offenen Ganztage wie in der Vorlage dargestellt teilweise keine oder keine ausreichende Nahrung zu sich nähmen. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie so eine katastrophale Entwicklung angegangen werden könne.

Herr Haensel möchte daran anknüpfen und teilt in diesem Zusammenhang mit, dass das Diakonische Werk Träger der Angebote der Erwin – Hegemann - Schule sei. Man liege preislich deutlich unter dem beschriebenen Niveau für Mahlzeiten. Für eine Mittagsmahlzeit würden 2 € erhoben. Am Anfang habe man eine hohe Anmeldequote gehabt, aber die Kinder seien nicht in der Lage gewesen, die entsprechenden Mittel mitzubringen. Daraufhin habe es reihenweise Abmeldungen vom Mittag gegeben. Man sei mittlerweile bei einer Zahl von 10 Portionen. Anfangs seien es 50 Portionen gewesen. Dies sei auch ein Trägerproblem. Zum Einen sei ihm das Thema Ernährung und Gesundheit bei Kindern enorm wichtig, aber zum Anderen ergebe sich die Frage, wie ein Träger das wirtschaftlich abbilden solle. Es sei ein Dilemma.

Herr Fischer betont, dass hier deutlich würde, dass es um ein miteinander Arbeiten ginge. Man habe in Stadtteilen, wie Herr Haensel sie gerade beschrieben habe, ganz eng mit der Schulleitung zusammengearbeitet. Dies sei sehr erfolgreich gewesen. Es wäre daher empfehlenswert, bezüglich dieser Problematik auf Trägerebene mit den Schulleitungen und der Verwaltung zusammenzuarbeiten.

Herr Gebauer möchte auf die in der Vorlage auf Seite 5 des Teil 3 genannten Handlungsbedarfe im stufenweisen Ausbau hinweisen. Dort seien drei Schulen genannt und er verstehe die Aussage dahingehend, dass dort nur Beispiele stünden, da es auch noch andere Schulen gebe, bei denen der Bedarf höher sei als die tatsächlichen Angebote. Er weist ausdrücklich auf Teil 2 der Seite 2 der Vorlage hin, wo unter Nr. 1 stünde, dass die Verwaltung beauftragt würde, gemäß der in der Vorlage dargestellten Handlungsbedarfe an den bestehenden Offenen Ganztagschulen bedarfsgerecht zusätzliche Gruppen einzurichten und nicht nur an den drei genannten Schulen.

Herr Strüwer sagt, ihm sei auch aufgefallen, dass bei der Umsetzung der Anmeldestand bei einzelnen Grundschulen doch erheblich niedriger sei als die geplante Teilnehmer- und Gruppenzahl. Deshalb sei ähnlich auch wie in der ersten Ausbaustufe noch Bewegung drin. Es sei deshalb hilfreich, wie Herr Gebauer es angesprochen habe, darauf Acht zu geben, wenn in anderen Feldern mehr Bedarf sei.

Herr Goldbach teilt in Bezug auf die Anmeldezahlen mit, dass diese nicht aktuellsten Datums seien, was die Starterschulen 2 angingen. Dies sei ein Zwischenstand, der zu einem bestimmten Zeitpunkt abgefragt worden sei.

Unabhängig davon könne es natürlich passieren, dass der Bedarf durchaus mal etwas abweichend sei, d.h. nicht jede Gruppe sofort voll sei. Es gebe Spielraum für diejenigen Schüler, die beispielsweise erst im zweiten Schuljahr einen Platz beanspruchen würden.

Der Rat habe seinerzeit flächendeckende Einführung beschlossen.

Orientierungsgröße sei hierbei eine gleichmäßig auf das gesamte Stadtgebiet bezogene 25%ige Versorgung.

Zur Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule seien bestimmte Richtgrößen für Schulen vorgegeben worden. Hiervon sei auch die Bekenntnisschule betroffen. An der Overbergschule gebe es jetzt eine Warteliste, die eine Gruppe, die dort vorgesehen sei, bei weitem übertreffe. Benachbart sei die Gemeinschaftsschule, in der zwei Gruppen vorgesehen seien. Dies sei ein Problem, mit dem sich vorrangig der Schulausschuss befassen müsse.

Herr Haensel interessiert sich für die Erfahrungen, die die freien Träger im Augenblick machen. Viele der Schüler, mit denen man gestartet sei, habe man zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr. Es gebe ein hohes Maß an Fluktuation. Er würde gern wissen, wieviel Kinder man in Gänze schon gehabt habe.

Sowohl Herr Gebauer als auch Herr Fischer können für ihre Schulen die Fluktuation nicht bestätigen.

Herr Strüwer merkt an, dass dies zwar eine umfangreiche Vorlage sei, die sich aber wesentlich auf die finanziellen Aspekte und Ausbaustufen beziehe, weniger auf die Hinterfragung der inhaltlichen Arbeit. Dies müsse unbedingt an anderer Stelle geschehen.

Es sei ein Paradebeispiel dafür, dass der Eine Gesetze mache und der Andere müsse mit Geld dafür sorgen, sie umzusetzen. Er erinnert daran, dass man die Offene Ganztagsgrundschule in Hagen mit dem Versprechen der Kostenneutralität eingeführt habe.

Dies sähe so aus, dass bis zum Jahre 2008 die Stadt Hagen zwei Millionen Euro als Zuschuss beisteuern müsse .

Herr Schledorn ist der Meinung, dass die Verwaltung hier von falschen Berechnungsgrundlagen ausgegangen sei.

Herr Feldhaus interessiert sich für die Finanzierungsfragen. Pro Gruppe seien 40.000 € angesetzt worden. Er schlägt vor, dies pro Kind auszurechnen, da die Zahl der Kinder pro Gruppe doch sehr unterschiedlich sei.

Dadurch könnten Einsparungsmaßnahmen in den Grenzfällen, in denen man in die nächste Gruppengröße stosse, erzielt werden.

Herr Goldbach erwidert dazu, dass dies im Wesentlichen passiere. Man habe am Ende den kommunalen Zuschuss pro Kind ausgewiesen. Das Personalkostenrisiko der Träger müsse natürlich mitberücksichtigt werden. Es könne nicht in Gänze dem Träger angelastet werden. Die Beträge, die tatsächlich ausgezahlt würden, würden anhand der Gruppengrößen ermittelt. Grundschulen und Sonderschulen könnten hier nicht verglichen werden, da die Gruppengrößen unterschiedlich vorgesehen seien.

Der Aussage von Herrn Schledorn hält er entgegen, dass sich die Verwaltung nicht verrechnet habe. Es habe sich herausgestellt, dass die Annahmen nicht dauerhaft belastbar seien. In der seinerzeit vorgenommenen Bedarfsabfrage hätte sich für das gesamte Stadtgebiet ein Betrag von 50 € ergeben. In der Entwicklung habe sich jedoch ergeben, dass sich die Beitragsstärkeren zurückhielten und auch noch andere Angebote annähmen. Die ärmeren Stadtteile seien stark beteiligt. Die eingehenden Beiträge hätten sich seit Einführung des SGB II dramatisch reduziert. Mittlerweile zahle nur noch jeder Zweite einen Beitrag.

So errechne sich der jetzige Durchschnittspreis von 30 €, der hochgerechnet auf das Jahr 2007 zu einem Einnahmeverlust von 400.000 € führe.

Das, was den Trägern zugemutet worden sei, sei nur möglich gewesen, weil das restliche Jahr nur 11 Monate umfasste. Im zweiten Jahr sei dies nicht mehr möglich. 40.000 € seien an der unteren Grenze dessen, was möglich sei.

Herr Fischer fordert die Anwesenden auf, die Arbeit auch auf Landesebene zu unterstützen, da sie sich in vielerlei Hinsicht bestätigt habe.

Der Inhalt von Punkt 5 der Beschlussfassung stößt auf Verständnisfragen, die Herr Steuber zu klären weiß.

Diese Ziffer 5 sei nicht von der Fachverwaltung, sondern von der Finanzverwaltung eingefügt worden. Bei diesem Appell ginge es darum, zukünftig Veränderungen herbeizuführen und diejenigen, die Finanzmittel aus dem Bund und Landesbereich gäben, zu veranlassen, einen größtmöglichen Austausch zwischen allen Finanztöpfen zu organisieren. Ob die Förderstruktur jemals verändert würde, sei eine zweite Frage.

Abschließend läßt Herr Strüwer über den Beschlussvorschlag in der veränderten Form abstimmen.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß der in der Vorlage dargestellten Handlungsbedarfe

1. an den bestehenden Offenen Ganztagschulen/ Starterschulen I des Schuljahres 2004/05 bedarfsgerecht zusätzliche Gruppen einzurichten und
2. die Starterschulen II zum Schuljahr 2005/06 entsprechend der dargestellten zweiten Ausbaustufe in Betrieb zu nehmen.
3. den Kooperationspartnern der Offenen Ganztagschulen entsprechend der dargestellten Finanzbedarfe zum Schuljahr 2005/06 pro Gruppe und Schuljahr ein Budget von 40.000 € an Grundschulen und an Sonderschulen ein Budget von 26.940 € zur Verfügung zu stellen, sowie diese zusätzlich erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2005 zu veranschlagen.
4. die zur Administration des Umsetzungsprozesses erforderlichen personellen Ressourcen zu beschreiben, zu bemessen und bedarfsgerecht bereitzustellen.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung zu verdeutlichen, dass die Einführung der Offenen Ganztagschule für die Gemeinden grundsätzlich nicht haushaltsneutral möglich ist, sondern vielmehr erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich bringt. Dies sei im Zusammenhang mit der Finanzierung durch das Land NRW entsprechend zu berücksichtigen und zwar dergestalt, dass den Gemeinden eine gemeinsame flexible Bewirtschaftung der Landeszuweisung und der Bundesmittel ermöglicht und zugestanden wird.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

13. Jugendaustausch - und Partnerschaftsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales 2004 und 2005
Vorlage: 0920/2004

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht über die Jugendaustausch- und Partnerschaftsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales 2004 und die Planung 2005 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**14. Umfassende Hilfsangebote für Schwangere und Mütter in Not /
Anonyme Geburt, Moses-Projekt und Baby-Klappe
Vorlage: 0124/2005**

Herr Haensel merkt an, dass die Berichterstattung in dem einem Fall, in dem die Einrichtung genutzt worden sei, sehr problematisch gewesen sei.

Herr Kothe stimmt dem völlig zu. Es wäre besser für den Fachbereich gewesen, wenn es keine Berichterstattung gegeben hätte. Dies sei schwer zu steuern, da es überall Quellen gebe. Es habe allerdings einen Schutzraum in Form einer zeitlichen Verzögerung gegeben.

Herr Strüwer erinnert daran, dass ein wichtiger Bestandteil des Gesamtkonzeptes die anonyme Geburt gewesen sei. Er möchte wissen, warum die Realisierung nicht möglich gewesen und ob daran gedacht worden sei, die anonyme Geburt als ein Bestandteil dieses Präventivprojektes aufleben zu lassen.

Herr Kothe antwortet darauf, dass der Ausschuss im Jahre 2001 ein sehr umfangreiches Konzept beschlossen habe, das auch in dieser Form einmalig gewesen sei. Man habe bis zuletzt einen dritten Träger mit im Boot gehabt, der die anonyme Geburt durchführen wollen. Zu diesem Zeitpunkt habe es aber im Gesetzgebungsverfahren und im Vorfeld eines Gesetzentwurfes eine Vielzahl von Diskussionen um die anonyme Geburt gegeben und schließlich seien im letzten Augenblick in der Ethikkommission des Bundestages eine Reihe von Bedenken aufgetaucht, die während der Kürze der Legislaturperiode nicht mehr ausgeräumt werden konnten. Das habe letztendlich dazu geführt, dass es auf die laufende Legislaturperiode verschoben worden sei. Aber auch da habe sich die Ethikkommission inzwischen entschieden, es nicht zu beraten, so dass auch in der laufenden Legislaturperiode keine gesetzliche Regelung wahrscheinlich erscheine. Es bestünde nach wie vor der Bedarf. Es würde sicherlich, wenn eine gesetzliche Regelung vorhanden sei, das Konzept ergänzen.

Herr Haensel nimmt nochmals Bezug auf den Kooperationspartner St. Josefs-Hospital.

Der frühere Chefarzt der Geburtsabteilung sei ihm persönlich bekannt und sicherlich ein vertrauensvoller Kooperationspartner gewesen. Er fragt diesbezüglich nach der inhaltlichen Position der Krankenhausträgersgesellschaft.

Herr Kothe antwortet darauf, der damalige Oberarzt Dr. Schmitz habe das Modell mitgetragen und die Entscheidung des Vorstandes der Geschäftsführer sei während einer Urlaubszeit von ihm getroffen worden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

- 15. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit
Mobile Geschwindigkeitsüberwachung
Maßnahme 32-M02-2
Vorlage: 0080/2005**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt
 - eine mobile Geschwindigkeitsüberwachungsanlage (Radareinsatzcontainer Speedo Guard) zu beschaffen
 - sowie die sachlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb der Anlage und die verwaltungsmäßige Abarbeitung der Fälle zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 8
Dagegen: 4
Enthaltungen: 3

**16. Erhebung von Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Hagen
Vorlage: 0954/2005**

Diese Vorlage wurde nicht geliefert und konnte daher nicht beraten werden.

**17. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates**

Anfragen gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates gibt es keine.

Ende des öffentlichen Teiles: 19.20 Uhr

C. ANWESENDE

Name **Bemerkungen**

Herr Brüggemann, Fritz	
Frau Burg-Ahrendt, Claudia	Jugendring
Frau Burghardt, Christa	Kinderschutzbund
Herr Feldhaus, Uwe	
Herr Finkensiep, Michael	
Herr Fischer, Frank	c/o Evangelische Ju-
gend	Ev. Jugend
Herr Gebauer, Michael	Caritas
Herr Haensel, Thomas	Diak. Werk
Herr Halfter, Michael	Landgericht
Frau Hirsch, Marina	
Frau Niemann, Corinna	
Frau Nowicki, Jutta	Ev. Kirche
Herr Rameswaran, Prasanna	Jugendrat
Frau Schaldach, Jasmin	Jugendrat
Herr Schmidt, Stefan	
Frau Schulz, Ingrid	Tagesmütterwerk
Herr Schurgacz, Johannes	Kath. Kirche
Herr Steuber, Gerd	Fachbereich Jugend & Soziales
	Stadt Hagen
Herr Zoremsky, Joachim	Polizeipräsidium
	Hagen
Frau Klos-Eckermann, Sybille	SPD
Herr Schledorn, Jörg	SPD
Herr Reinke, Detlef	CDU
Herr Strüwer, Wilhelm	CDU
Frau Köppen, Karin	GRÜNE
Herr Dücker, Viktor	FDP

Gez. Strüwer

Vorsitzende/r

Schriftführer/in